



4

LAB
**Die neue
Volkspartei**
Rathausklub Wien

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte DI Elisabeth OLISCHAR, Mag. Manfred JURACZKA, Dr. Wolfgang ULM und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.01.2020 in der Debatte des Verlangens

betreffend Wahlrecht als Staatsbürgerrecht

Eine Trennung zwischen Wahlrecht und Staatsbürgerschaft ist aus Sicht der neuen Volkspartei Wien nicht sinnvoll. Die österreichische Staatsbürgerschaft ist und bleibt ein hohes Gut. Sie steht am Ende einer erfolgreichen Integration und es gibt ausreichend Möglichkeiten, diese zu erwerben. Das jetzige System ist gut und schafft Anreize, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, die Sprache zu lernen und sich selbst zu erhalten. Das Wahlrecht kann deshalb logischerweise nur am Ende und nie am Beginn eines derartigen Prozesses stehen.

Diese Ansicht wird auch von maßgeblichen Vertretern der Sozialdemokratie in Österreich geteilt. Angesprochen auf die Tatsache, dass seine Verlobte den burgenländischen Landeshauptmann nicht wählen kann, erwiderte Hans-Peter Doskozil: „(...) das ist richtig so. Wahlrecht ist ein Staatsbürgerrecht - wenn sie mich wählen will, muss sie sich um die Staatsbürgerschaft bemühen.“ (Heute, 24.01.2020). Und weiter unmissverständlich: „Wahlrecht für Ausländer ist für mich undenkbar, das ist ein Staatsbürgerschaftsrecht.“ (Heute, 09.01.2020)

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass das Wahlrecht zu allgemeinen Vertretungskörpern Staatsbürgerrecht bleibt, somit das Wahlrecht für die Gemeinderats- und Landtagswahlen weiterhin zwingend an die österreichische Staatsbürgerschaft geknüpft ist. Darüber hinaus soll es bei Bezirksvertretungswahlen weiterhin kein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige geben.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.01.2020

